



Europäische Kommission

EAGFL

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung

für eine Maßnahme zur Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen forstwirtschaftlicher Erzeugnisse

1. Antragstellerin/Antragsteller

1.1 Name/Bezeichnung				
1.2 Anschrift	Straße, PLZ, Ort, Kreis			
1.3 Vertretungsberechtigte	Name, Vorname			
1.4 Auskunft erteilen:	Name, Tel. (Durchwahl), Telex, Telefax			
1.5 Bankverbindung	Kto-Nr.:		BLZ	
	Bezeichnung des Kreditinstituts			
1.6 Rechtsform				
1.7 Namen der Hauptkapital-eigner mit dem %-Satz ihrer Beteiligung	1			%
	2			%
	3			%
	4			%
	5			%
1.8 Klein- oder Mittelbetrieb 1)	Ja		Nein	

1) Angabe, ob es sich um einen Klein- oder Mittelbetrieb handelt, der folgende Kriterien (kumulativ) erfüllt:
 - weniger als 250 Personen beschäftigt
 - Jahresumsatz höchstens 40 Mio ECU oder eine Jahresbilanzsumme von höchstens 27 Mio ECU
 - höchstens 25% Großunternehmeranteil

2. Maßnahme

2.1 Maßnahmen zur strukturellen Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen forstwirtschaftlicher Erzeugnisse (Anträge gemäß 2.1 der Hafö)

Kurztitel	Kurzbeschreibung/ausführliche Beschreibung auf separatem Blatt
2.1.1 Untersuchungen, Gutachten etc., die der Vorbereitung einer Maßnahme gemäß 2.1.2 -2.1.8 dienen	
2.1.2 Investition zur Erhöhung der Holzlagerkapazitäten	
2.1.3 Investition zur Konzentration des Angebotes auf Starkholzhöfe	
2.1.4 Investition zur Verbesserung der Holzerntemöglichkeiten und zur Veredelung des Produktes beim Waldbesitz	
2.1.5 Investition zur Verbesserung der Datenerfassung von Holz	
2.1.6 Investition zur Optimierung der Holztransportlogistik	
2.1.7 Investition zur Bereitstellung von Holz als Rohstoff zur energetischen Verwertung	
2.1.8 Investition für Aufbau von Holz-vermarktungsorganisationen	

2. Maßnahme

2.2 Maßnahmen zur Verbesserung des Einsatzes von Holz bei der energetischen Verwertung (Anträge gemäß 2.2 der Hafö)

Kurztitel	Kurzbeschreibung (ausführliche Beschreibung als Anlage)
2.2.1 Untersuchungen, Analysen, gutachtliche Stellungnahmen und Erhebungen, die eine Investition gemäß Nr. 2.2.2 zum Gegenstand der Untersuchung haben	
2.2.2 Investition für die Errichtung bzw. den Erwerb von automatisch beschickten und geregelten Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung von 0,1 bis 49 Megawatt für die energetische Verwertung von Waldholz und von naturbelassenem Rest- u. Altholz	

2.3 Ort der Investition PLZ, Ort, Straße, Haus-Nr. Gemarkung, Flur, Flurstück	
2.4 Durchführungszeitraum voraussichtlicher Beginn des Vorhabens: Monat/Jahr voraussichtliches Ende des Vorhabens: Monat/Jahr	

3. Gesamtkosten

	EUR	%
3.1 Kosten lt. beil. Kostenvoranschlag / Kostengliederung		
3.2 Kosten, für die ein Zuschuß beantragt wird (Maßnahmen nach Nr. 2.1 der Richtlinien)		
3.3 beantragte nationale Mittel		von 3.2
3.4 beantragter EAGFL-Zuschuß		von 3.2
3.5 andere für das Vorhaben eingesetzte Zuschüsse		

4. Finanzierungsplan und zeitliche Verteilung

		Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit (Kassenwirksamkeit) in 1.000 EUR		
		20.....	20.....	20..... und ff.
4.1 Gesamtkosten (Nr. 3.1)				
4.2 Eigenanteil:	Eigenmittel			
	Darlehen ²⁾			
4.3 Leistungen Dritter (ohne öffentliche Förderung)				
4.4 Beantragte/bewilligte öffentliche Förderung (ohne 4.5)				
4.5	Beantragter Zuschuß: EAGFL			
	National			

²⁾ Darlehensbestätigung mit Angabe der Darlehensbedingungen sind beizufügen

5. Begründung des Vorhabens

5.1 Beschreibung des Vorhabens

u.a. Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziele, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen (mind. 1 Seite DIN A4)

5.2 Sozialökonomische Auswirkungen des Vorhabens

(Beschäftigungswirksamkeit, Ausbildungsbedarf)

5.3 Nachweis der Umweltverträglichkeit des Vorhabens

nach Maßgabe des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie des Rates vom 27.6.1985 (85/337/EWG Art. 3 ff.) über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten im Lande Nordrhein-Westfalen vom 29.4.1992 (GV. NW. 1992 S. 174)

5.4 Auslastung der durch die Investition geschaffenen Kapazitäten

durch über Lieferverträge gebundene Erzeugnisse

5.5 Vergleich der technischen Kapazitäten

vor und nach Durchführung der Investitionen (Darstellung für Gesamtbetriebsstätte bzw. Produktionslinie bzw. Maschine)

6. Darstellung der wirtschaftlichen Lage der Antragstellerin/des Antragstellers

(ca. 1 Seite DIN A4)

- Die Darstellung der wirtschaftlichen Lage soll in geeigneter Form erfolgen.
Die Gesamtfinanzierung der Fördermaßnahme ist offenzulegen.
- Ggf. Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag sowie Genossenschafts- bzw. Handelsregistrauszug beifügen.

7. Rohwareneinsatz des Vorhabens und des Unternehmens

(Daten für die 5 Haupterzeugnisse)

7.1 Rohwareneinsatz vor und nach der Durchführung des Vorhabens

	Unternehmens				Input des Vorhabens	
	-1 ³⁾	+ 1	+ 2	+ 3	- 1	+ 3
Erzeugnisse 20.....						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						

³⁾ - 1, + 1 ff. beziehen sich auf das Jahr vor und die Jahre nach Durchführung des Vorhabens

7.2 Ursprung der Erzeugnisse

(lokale Region, andere Mitgliedsstaaten, Drittländer):
Situation vor Beginn und nach Abschluß der Investition

7.3 Vorteile für die Erzeugerinnen/Erzeuger

(Lieferverträge sind beizufügen)

8. Verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse

des Vorhabens und des Unternehmens
(Daten für die 5 Haupterzeugnisse)

8.1 Verarbeitete oder vermarktete Erzeugnisse vor und nach Durchführung des Vorhabens

Erzeugnisse 200.....	Unternehmens				Output des Vorhabens	
	-1 ³⁾	+ 1	+ 2	+ 3	- 1	+ 3
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						
Einheit ...						
Wert EUR						

³⁾ - 1, + 1 ff. beziehen sich auf das Jahr vor und die Jahre nach Durchführung des Vorhabens

8.2 Darstellung der Absatzwege für die Erzeugnisse

(Derzeitige und geplante Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse)

9. Vorausschau der Rentabilität

des Vorhabens für die ersten drei Geschäftsjahre nach Durchführung des Vorhabens

	+ 1 ³⁾	+ 2	+ 3	
Umsatz EUR				
- Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe				
= Bruttowertschöpfung				
- Personalkosten				
- sonstige betriebliche Aufwendungen				
- Abschreibungen				
- sonstige Erträge				
- Zinsen und andere Aufwendungen				
= Ergebnis vor Steuern				

³⁾ - 1, + 1 ff. beziehen sich auf das Jahr vor und die Jahre nach Durchführung des Vorhabens

10. Stand der Inanspruchnahme früherer Zuschüsse des EAGFL bzw. nationaler Förderungen für Investitionen der Antragstellerin/des Antragstellers

(Bewilligte Zuschüsse, Stand der Inanspruchnahme)

11. Erklärungen/Verpflichtungen

Die Antragstellerin/der Antragsteller erklärt, dass

- 11.1** mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und auch vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides nicht begonnen wird; als Vorhabenbeginn ist grundsätzlich der Abschluss eines der Ausführung zuzurechnenden Lieferungs- oder Leistungsvertrages (Auftragserteilung) zu werten;
- 11.2** sie/er zum Vorsteuerabzug ☐ **berechtigt** ☐ **nicht berechtigt**
- ist und dies bei den Kostenangaben berücksichtigt hat,
- 11.3** die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben vollständig und richtig sind; (bei Anträgen gem. 2.2: und er/sie sich verpflichtet, in der zu fördernden Heizanlage ausschließlich bestimmungsgemäße Brennstoffe zu feuern (Holzpellets in Pelletheizungen bzw. Holz hackschnitzel in Hackschnitzelheizungen)).
- 11.4** sie/er die Zahlung nicht eingestellt hat und über ihr/sein Vermögen kein Vergleichs-, Konkurs-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren unmittelbar bevorsteht, beantragt oder eröffnet worden ist bzw. sie/er keine eidesstattliche Erklärung nach § 807 ZPO (Vorlage eines Vermögensverzeichnisses) abgegeben habe.
sie/er sich verpflichtet, bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist ein unmittelbar bevorstehendes Vergleich-, Konkurs-, Sequestrations- oder Gesamtvollstreckungsverfahren oder die Beantragung über die Eröffnung eines solchen Verfahrens gegen sie/ihn unverzüglich der Bewilligungsbehörde mitzuteilen.
- 11.5** sie/er davon Kenntnis genommen hat, dass alle Angaben in diesem Antrag, von denen die Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung oder das Belassen der Zuwendung abhängig ist, subventionserheblich im Sinne des § 264 Strafgesetzbuch in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über die Vergabe von Subventionen nach Landesrecht (Landessubventionsgesetz) vom 24. März 1977 (SGV. NRW. 73) sowie § 2 Abs. 1 Subventionsgesetz vom 29. Juli 1976 (BGBl. I S. 2034) sind und versichert, dass ihr/ihm die Subventionserheblichkeit von Angaben und Tatsachen sowie die Strafbarkeit eines Subventionsbetruges bekannt sind.
- 11.6** sie/er die beantragten Maßnahmen nach den Vorgaben der EU gem. Art. 46 der VO (EG) Nr. 1260/1999 i.V.m. VO (EG) Nr. 1159/2000 angemessen publizieren wird, d.h. bei baulichen Anlagen einen Hinweis mit EG-Emblem auf der Bautafel anzubringen, wie dies im Zuwendungsbescheid gefordert wird.
- Ich/Wir bin/sind damit einverstanden, dass
- 11.7** die Angaben in und zum Antrag an die für die Maßnahmen des Förderprogramms zuständigen Organe des Landes und der EG übermittelt werden können - ich bin darüber belehrt worden, dass die Erhebung vorstehender Angaben auf § 26 Abs. 2 Satz 1 und 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Landes NRW /SGV.NRW 2010) beruht, die Kenntnis der erbetenen Angaben der Überprüfung der Voraussetzungen für die Gewährung der Zuwendung dient und, dass eine Berücksichtigung nur möglich ist, wenn die Angaben in diesem Antragsvordruck enthalten sind-,
- 11.8** von der Bewilligungsbehörde weitere Unterlagen, die zur Beurteilung der Anspruchsberechtigung, der Antragsvoraussetzungen sowie zur Feststellung der Höhe der Beihilfe erforderlich sind, angefordert werden können,
- 11.9** die Einhaltung der eingegangenen Verpflichtungen sowie die Angaben in und zum Antrag auch an Ort und Stelle durch die zuständigen Behörden und Prüforgane kontrolliert werden können, dass ich/wir oder mein/unser Vertreter dem beauftragten Kontrollpersonal die Flurstücke und Wirtschaftsgebäude bezeichnen und es auf oder in diese begleiten, ihnen das Betretungsrecht, das Recht auf die Entnahme von Proben , ein angemessenes Verweilrecht auf den Grundstücken und in den Betriebs- und Geschäftsräumen sowie Einsichtnahme in die für die Beurteilung der Beihilfenvoraussetzungen notwendigen Unterlagen einräumen muss/müssen.
Nicht mit einem Grundstück verbundene Fördertatbestände sind auf Verlangen nachzuweisen.
- 11.10** die Angaben zum Zwecke einer zügigen Bearbeitung des Antrages sowie zu statistischen Zwecken gespeichert werden können (§ 4 DSGVO). Die datenschutzrechtlichen Bestimmungen sind einzuhalten.

12. Anlagen (zutreffendes ankreuzen)

Beglaubigter Auszug aus dem Handels- bzw. Genossenschaftsregister

Satzung bzw. Gesellschaftsvertrag

Darstellung der wirtschaftlichen Lage

Gutachten über die betriebswirtschaftliche Rentabilität und die Kapazitätsauslastung der geplanten Maßnahmen

Bankbestätigung über die Finanzierung der vorgesehenen Maßnahmen mit Angabe der Darlehens-konditionen (vgl. Nr. 4.2)

Grundbuchauszug bzw. Pachtvertrag

Vollständige Entwurfszeichnungen, Auszug aus der Flurkarte und Lageplan mit Einzeichnung der zur Bebauung und Befestigung vorgesehenen Flächen

Erläuterungsbericht des Architekten mit genauer Beschreibung der Baumaßnahmen und Ausführungsart sowie Beschaffenheit des Baugrundes

Die zur Durchführung des Vorhabens benötigten öffentlichen Genehmigungen sollen mit dem Antrag eingereicht werden; falls noch nicht vorhanden, einen Bericht über den Stand der erforderlichen Genehmigungen beifügen; die Genehmigungen müssen der Bewilligungsbehörde spätestens bei Erlass des Zuwendungsbescheides vorliegen

Bau- und/oder Raumprogramm

Kostenberechnung, aufgegliedert in Kostengruppen nach DIN 276 Teil 2

Flächenberechnung und Berechnung des Rauminhalts nach DIN 277

Bauzeitplan

Firmenangebote mit Preisangaben über die zur Beschaffung vorgesehenen Maschinen und Geräte mit Erzeugerinnen und/oder Erzeugern/Erzeugerzusammenschluss/Erzeugergemeinschaft abgeschlossene Lieferverträge (vgl. Nr. 8.2)

Beschreibung des Vorhabens (vgl. Nr. 5.1)

Vergleich der technischen Kapazitäten (vgl. Nr. 5.5)

die dem Erzeugerzusammenschluss zugrunde liegenden Verträge und sonstige Unterlagen, die die Konzeption des Erzeugerzusammenschlusses aufzeigen

vollständige Liste der Erzeugerinnen/Erzeuger, die dem Erzeugerzusammenschluss angehören mit Namen und Anschrift

Erzeugungsregeln, nach denen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse produziert werden; ggf. Angabe der Kontrollstelle/des Verbandes, die/der die Einhaltung der Erzeugungsregeln kontrolliert.

Angabe der Kontrollstelle/des Verbandes, die/der die Einhaltung der Aufbereitungsregeln landwirtschaftlicher Erzeugnisse und Lebensmittel kontrolliert.

Nachweis über die Einhaltung der im Anhang zur Förderrichtlinie genannten Anforderungen an die Feuerungsanlage

weitere Anlagen:

Ort, Datum

Rechtsverbindliche Unterschrift(en)